

GdP: Die Belastung ist nicht mehr tragbar

Die Polizei Lübeck-Ostholstein fordert Veränderungen. Doch das Milliardenloch im Landeshaushalt lässt der Politik kaum Spielraum.

EUTIN – Die Kritik der Polizeigewerkschaft Lübeck-Ostholstein ist nicht neu und auch nicht deren Forderung nach personellen und strukturellen Veränderungen. „Die derzeitige Einsatzbelastung der Polizei ist nicht mehr tragbar“, unterstrich Andreas Sankewitz, Vorsitzender des GdP-Regionalgruppenvorstandes, in einem gut zweistündigen Gespräch mit CDU-Politikern. Eingeladen hatte die Landtagsabgeordnete Herlich Marie Todsens-Reese; gekommen waren neben Vertretern der Polizei auch der Vorsitzende des CDU-Landesarbeitskreises Innenpolitik, Klaus Schlie, und der stellvertretende Landrat von Ostholstein und Bundestagskandidat Ingo Gädechens.

Sankewitz kritisierte vor allem die beabsichtigten Stelleneinsparungen bei der Landespolizei. Die Auftragsbü-

ternative. „Es führt kein Weg an Einsparungen vorbei. Wer anderes verspricht, ist ein Scharlatan“, betonte Schlie. Und er versicherte den GdP-Vertretern, dass es mit der CDU auf keinen Fall Kürzungen im operativen Dienst geben werde. Die anerkannte hohe Belastungssituation der Polizei sei nicht mehr akzeptabel. Deshalb müsse geprüft werden, von welchen Aufgaben die Polizei künftig entbunden werden könne. Die Verantwortung für diese Entscheidung müsse die Politik übernehmen.

Ebenfalls offene Ohren fand die Kritik der Polizeigewerkschafter an dem in der Landespolizei praktizierten Beurteilungsverfahren. Sie binde wichtige Arbeitszeit und müsse weg. Auch bei den jährlichen Beförderungspraktiken, dem so genannten Personalstrukturkonzept, sieht Schlie Handlungsbedarf

gesponzen. „Die Auftragsbücher der Polizei sind randvoll. Eine Kürzung der Personaldecke ist vor diesem Hintergrund völlig daneben“, betonte er.

Klaus Schlie zeigte zwar Verständnis für die Sorgen der Polizeibeamten, verwies jedoch auf die schwierige Haushaltssituation des Landes. In den vergangenen Jahrzehnten seien Schulden in Höhe von 24 Milliarden Euro angehäuft worden. „Wir sind damit an der Grenze der politischen Handlungsfreiheit angekommen und werden insbesondere die Ausgaben kürzen müssen“, erklärte der CDU-Politiker. Deshalb sei entschieden worden, in den nächsten fünf Jahren beim Land 4800 Stellen abzubauen, davon 150 im Verwaltungsbereich der Landespolizei. Dieser Schritt sei ohne Al-

tschne Handlungsbedarf. Hier wolle eine CDU-geführte Landesregierung etwas verändern und unter Einbindung der Gewerkschaften ein verbindliches und verlässliches Konzept entwickeln, das allerdings frühestens in 2011 wirksam werden könne.

Beide Seiten zeigten sich besorgt über die nicht nur bei Großeinsätzen, sondern auch im typischen Polizeialltag registrierte Zunahme verbaler und körperlicher An- und Übergriffe gegenüber Polizeibeamten. „Das polizeiliche Einschreiten ist vor diesem Hintergrund mit immer größeren Schwierigkeiten und Gefahren verbunden“, sagte Andreas Sankewitz. Diese Problematik soll bei einem weiteren Treffen der Polizeibeamten mit Herlich Marie Todsens-Reese besprochen werden. tg/urs



Eine große Runde kam im Berghotel „Bruhnskoppel“ in Krummsee zusammen. Polizei und Politiker erörterten gemeinsam die Situation der Beamten in der Region.

Foto: TG